

Stadt Bitterfeld-Wolfen
Rathausplatz 1
06766 Bitterfeld-Wolfen

Sitzungsniederschrift

Der Hauptausschuss führte seine 22. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung am Donnerstag, dem 18.08.2016, in Bitterfeld-Wolfen, Ortsteil Stadt Wolfen, Rathausplatz 1, Rathaus, Beratungsraum 212, von 18:00 Uhr bis 20:55 Uhr, durch.

Teilnehmerliste

stimmberechtigt:

Vorsitz

Dr. Werner Rauball

Mitglied

Doreen Garbotz-Chiahi
Klaus-Ari Gatter
André Krillwitz
Uwe Kröber
Marko Roye
Günter Sturm
Horst Tischer

i.V. von Herrn Dr. Holger Welsch
i.V. von Herrn Günter Herder
i.V. von Herrn Armin Schenk

Mitarbeiter der Verwaltung

Peter Arning
Veit Böttcher
Steve Bruder
Rolf Hülßner
Carola Reinsch
Werner Schemmel
Katja Schultz
Frau Melanie Schulze

FBL Bauwesen
FBL Ordnungswesen (*zeitw.*)
SB Wirtschaft / Beteiligungen
GBL Finanz- und Ordnungswesen
SBL Verkehr
Leiter hauptberufliche Einsatzkräfte (*zeitw.*)
SBL Organisation (*zeitw.*)
SB Archiv (*zeitw.*)

Herr Uwe Wagner
Herr Dirk Weber

Stadtwehrleiter (*zeitw.*)
FBL Stadtentwicklung

Gäste

Frau Dagmar Zoschke
Frau Gudrun Rauball
Herr Schneider

Stadtratsvorsitzende
Stadträtin
Fa. Firosec (*zeitw.*)

abwesend:

Mitglied

Günter Herder
Daniel Roi
Armin Schenk
Dr. Holger Welsch

Die Mitglieder waren durch Einladung auf Donnerstag, den 18.08.2016, unter Mitteilung der Tagesordnung geladen worden.

Zeit, Ort und Tagesordnung der Sitzung waren öffentlich bekanntgegeben worden.

Bestätigte Tagesordnung:

1	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der fehlenden Mitglieder und der Beschlussfähigkeit	
2	Entscheidung über Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung	
3	Entscheidung über Einwendungen zur Niederschrift und Feststellung der Niederschrift der letzten Sitzung vom 04.08.2016	
4	Einwohnerfragestunde	
5	Berufung jeweils eines Vertreters der Seniorenbeiräte Bitterfeld und Wolfen BE: GB Haupt- und Sozialverwaltung	Beschlussantrag 098-2016
6	Neubau eines DIN-gerechten Stellplatzes für die Ortsfeuerwehr Reuden - Rechtsmittelverzicht - Rückzahlung von Fördermitteln BE: GB Finanz- und Ordnungswesen	Beschlussantrag 108-2016
7	Überreichung einer Ehrenurkunde BE: Ortsbürgermeister Stadt Wolfen	Beschlussantrag 146-2016
8	Außerplanmäßige Auszahlung Ertüchtigung Brödelgraben, OT Thalheim BE: GB Stadtentwicklung und Bauwesen	Beschlussantrag 100-2016
9	Umwandlung der BQP mbH in eine werbende Gesellschaft BE: Fraktion DIE LINKE	Beschlussantrag 152-2016
10	5. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Bitterfeld-Wolfen vom 30.07.2014 BE: Fraktion DIE LINKE	Beschlussantrag 153-2016
11	Nachtragshaushalt 2016	Beschlussantrag 155-2016
12	Verfahrensweise zur Beantragung einer Sondernutzungsgenehmigung in der Stadt Bitterfeld-Wolfen BE: GB Finanz- und Ordnungswesen	Mitteilungsvor- lage M020-2016
13	Mitteilungen, Anfragen, Anregungen	
14	Schließung des öffentlichen Teils	

zu 1	<p>Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der fehlenden Mitglieder und der Beschlussfähigkeit</p> <p>Der Ausschussvorsitzende, Herr Dr. Rauball, eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden. Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung fest. Es sind zu Beginn 8 stimmberechtigte Mitglieder bzw. Stellvertreter anwesend; somit ist die Beschlussfähigkeit gegeben.</p>	
zu 2	<p>Entscheidung über Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung</p> <p>Herr Roye beantragt im Namen der Fraktion DIE LINKE, die nachfolgenden TOPs von der Tagesordnung abzusetzen: TOP 6 – BA 105-2016 TOP 8 – BA 143-2016</p> <p>Beide TOPs wurden im Ausschuss für ROVB behandelt und nicht empfohlen. Die Problematik sollte nochmals im Ausschuss behandelt werden. Es wurde auch darüber informiert, dass Herr Schneider von der Fa. Firosec zur Stadtratssitzung am 24.08.16 nicht anwesend sein wird. TOP 9 – BA 141-2016 TOP 10 – BA 148-2016</p> <p>Beide BAs sollen zu einer Satzung zusammengefügt werden. TOP 12 – BA 129-2016</p> <p>Der BA wurde im BuVA als beschließender Ausschuss beraten und dem Stadtrat empfohlen. TOP 16 – BA 154-2016</p> <p>Der BA hat sich durch die Gegebenheiten erledigt, s. Stadtrat 04.08.16. TOP 28 – BA 122-2016</p> <p>Herr Hülßner erinnert an die Terminplanung im Zusammenhang mit der Risikoanalyse und dem Brandschutzbedarfsplan. Die Ortschaftsräte haben sich bis dato aktiv mit der Problematik auseinandergesetzt. Die Ergebnisse könnten heute vorgestellt werden. Wesentliche Änderungsanträge wurden mit der Fa. Firosec besprochen. Herr Schneider könne am 05.10.16 zur Stadtratssitzung teilnehmen; weitere Beratungen wären kostenpflichtig. Zu den einzelnen Punkten nehmen die HA-Mitglieder Stellung. So spricht sich zunächst Herr Kröber dafür aus, über die o.g. TOPs einzeln abzustimmen. Er lehnt es ab, die Punkte in Bezug auf die Risikoanalyse und den Brandschutzbedarfsplan weiter zu verzögern.</p> <p>Zur Stadtarchivsatzung stellt sich für ihn die Frage, weshalb man überhaupt eine solche benötige und verweist auf geltendes Landesrecht.</p> <p>Herr Gatter plädiert u.a. für die Absetzung der Risikoanalyse und des Brandschutzbedarfsplans, da noch Stellungnahmen vom LK ausstehen.</p> <p>Herr Tischer ist über die Vorlage von zwei Stadtarchivsatzungen irritiert; die Einreicher hätten sich vorher einigen und einen gemeinsamen Entwurf vorlegen sollen.</p> <p>Den BA 143-2016 hat der Haushalts- und Finanzausschuss aus finanziellen Gründen nicht empfohlen.</p> <p>Herr Hülßner ergänzt, dass die angesprochene Reaktion des LK zur Risikoanalyse und zum Brandschutzbedarfsplan bis zum 24.08.16 zugesagt wurde. Er empfiehlt ebenso, die Analyse am 05.10.16 zu behandeln; dennoch könnte der BA s.E. heute ohne Weiteres auf der TO bleiben.</p> <p>Der Ausschussvorsitzende bittet sodann um Abstimmung über die</p>	

	<p>Absetzung der o.g. Punkte von der Tagesordnung:</p> <p>TOP 6 – BA 105-2016 6 Ja-Stimmen 1 Nein-Stimme, 1 Enthaltung</p> <p>TOP 8 – BA 143-2016 6 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 1 Enthaltung</p> <p>TOP 9 – BA 141-2016 7 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung</p> <p>TOP 10 – BA 148-2016 6 Ja-Stimmen, 2 Enthaltungen</p> <p>TOP 12 – BA 129-2016 8 Ja-Stimmen</p> <p>TOP 16 – BA 154-2016 8 Ja-Stimmen</p> <p>TOP 28 – BA 122-2016 7 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme</p> <p>Die geänderte Tagesordnung wird wie folgt bestätigt:</p> <p style="text-align: right;">einstimmig mit Änderungen beschlossen</p>	<p>Ja 8 Nein 0 Enthaltung 0</p>
zu 3	<p>Entscheidung über Einwendungen zur Niederschrift und Feststellung der Niederschrift der letzten Sitzung vom 04.08.2016</p> <p>Der Ausschussvorsitzende bemerkt, dass die Niederschrift noch nicht unterschrieben vorliegt; die Bestätigung erfolgt zur nächsten HA-Sitzung.</p>	
zu 4	<p>Einwohnerfragestunde</p> <p>Es werden keine Anfragen gestellt.</p>	
zu 5	<p>Berufung jeweils eines Vertreters der Seniorenbeiräte Bitterfeld und Wolfen BE: GB Haupt- und Sozialverwaltung Frau Bauer, FBL Bildung/Kultur/Soziales, gibt einleitend einige Erläuterungen. Herr Kröber merkt an, dass für den Jugendbeirat eine Satzung beschlossen wurde, für die Seniorenbeiräte sei dies allerdings nicht vorgesehen. Er fragt, ob dies rechtlich korrekt ist und verweist auf den § 79 KVG, in dem aber keine Aufgaben geregelt sind. Lt. Aussage von Frau Bauer sei eine Satzung nicht zwingend notwendig. Die Seniorenbeiräte erachten diese ebenso nicht für erforderlich. Frau Zoschke merkt an, dass die Seniorenbeiräte bereits seit geraumer Zeit in beiden Ortsteilen arbeiten; der Jugendbeirat hingegen wurde erst vor einiger Zeit neu aufgestellt. Sie verweist bzgl. der Seniorenbeiräte allerdings auf die übrigen Stadtteile und hinterfragt, wie hier eine Gleichbehandlung gewährleistet werden könne. Frau Bauer äußert, dass Vertreter aus unterschiedlichen Ortsteilen in den Seniorenbeiräten vertreten sind, außer aus dem OT Holzweißig. Nach weiterer Diskussion empfiehlt der Hauptausschuss dem Stadtrat den BA 098-2016 zur Beschlussfassung.</p> <p style="text-align: right;">mehrheitlich empfohlen</p>	<p>Beschlussantrag 098-2016</p> <p>Ja 7 Nein 0 Enthaltung 1</p>
zu 6	<p>Neubau eines DIN-gerechten Stellplatzes für die Ortsfeuerwehr Reuden - Rechtsmittelverzicht - Rückzahlung von Fördermitteln BE: GB Finanz- und Ordnungswesen Herr Hülßner gibt kurze Erläuterungen zum Sachverhalt. Herr Dr. Rauball bemerkt, dass es Zweifel gab, da der Stadtrat in dieser Angelegenheit aufgrund der Höhe des Betrages nicht beteiligt wurde. Herr Hülßner äußert dazu, dass es bisher nicht zur kommunalen Praxis</p>	<p>Beschlussantrag 108-2016</p>

	<p>gehörte, dem Stadtrat sämtliche Fördermittelbescheide zur Verfügung zu stellen. Wenn es gewünscht wird, würde man dies künftig so handhaben. Der Hauptausschuss empfiehlt dem Stadtrat den BA 108-2016 zur Beschlussfassung.</p>	<p>einstimmig empfohlen</p> <p>Ja 8 Nein 0 Enthaltung 0</p>
zu 7	<p>Überreichung einer Ehrenurkunde BE: Ortsbürgermeister Stadt Wolfen Herr Krillwitz stellt als Einreicher den Beschlussantrag vor. Von Herrn Kröber wird hinterfragt, unter Bezugnahme auf die Satzung über Ehrungen und Auszeichnungen durch die Stadt Bitterfeld-Wolfen, welche Namen bei der Aktionsgruppe „Die Kinder von Wolfen-Nord“ dahinterstehen. Man verständigt sich letztendlich dahingehend, dass Herr Krillwitz bis zur Stadtratssitzung bzgl. der Überreichung der Ehrenurkunde noch konkrete Namen benennt.</p>	<p>Beschlussantrag 146-2016</p> <p>ohne Empfehlung</p>
zu 8	<p>Außerplanmäßige Auszahlung Ertüchtigung Brödelgraben, OT Thalheim BE: GB Stadtentwicklung und Bauwesen Der FBL Bauwesen, Herr Arning, gibt einige Erläuterungen zum Sachverhalt. Herr Krillwitz bemerkt, dass hier die Erarbeitung einer Machbarkeitsstudie beschlossen werden soll und hinterfragt, wer die Kosten für die Umsetzung der Maßnahme tragen wird. Lt. Herrn Arning gehe man davon aus, dass dann die MDSE bei der Realisierung anteilig die Kosten tragen werde. Auf die Frage von Herrn Dr. Rauball hinsichtlich der HH-Sperre bemerkt Herr Hülßner, dass es sich hierbei um eine geförderte Maßnahme handelt. Der Hauptausschuss empfiehlt dem Stadtrat den BA 100-2016 zur Beschlussfassung.</p>	<p>Beschlussantrag 100-2016</p> <p>Ja 7 Nein 0 Enthaltung 1</p> <p>mehrheitlich empfohlen</p>
zu 9	<p>Umwandlung der BQP mbH in eine werbende Gesellschaft BE: Fraktion DIE LINKE Herr Dr. Rauball nimmt zunächst im Namen der einreichenden Fraktion DIE LINKE zum Beschlussantrag Stellung. Er bemerkt, dass Auslöser für diesen BA der Bericht des Liquidators der BQP mbH i.L., Herr Wolpert, im Stadtrat war, wo u.a. vermittelt wurde, dass die Liquidation noch längere Zeit in Anspruch nehmen werde, da der Verkauf der Grundstücke nicht so schnell vonstatten gehe. Die Fraktion erachtet es als notwendig, die BQP mbH i.L. wieder in eine Funktion zu bringen. Man sei von dem bisherigen Geschäftsmodell ausgegangen, schließe jedoch andere zukunftsfähige Modelle nicht aus, die von der OB bis zur Stadtratssitzung am 05.10.16 vorgeschlagen werden sollten, um das Vermögen der Gesellschaft auch sinnvoll für städtische Zwecke einsetzen zu können. Man wolle nicht, dass die BQP noch länger im Liquidationsverfahren verbleibt und weiterhin Geld für den Liquidator und einige wenige Mitarbeiter ausgegeben werde. Herr Weber verweist auf die Diskussionen zur Problematik im Wirtschafts- und Umweltausschuss, der dem Stadtrat den BA nicht zur Beschlussfassung empfohlen hat. Er stimmt zu, dass hier Handlungsbedarf bestehe; dass allerdings bis zum 05.10.16 Geschäftsmodelle vorgelegt werden sollen, sei s.E. zeitlich nicht möglich. Ein frühestmöglicher Termin wäre nach seinem Dafürhalten wenn überhaupt erst zum Jahresende denkbar. Herr Weber macht deutlich, dass zur Wiederbelebung der Gesellschaft auch finanzielle</p>	<p>Beschlussantrag 152-2016</p>

Mittel für den Aufbau der nicht mehr vorhandenen Infrastruktur benötigt werden. Aufgrund der aktuellen prekären HH-Lage stehen diese Mittel nicht zur Verfügung. Es sollten vielmehr vorhandene Strukturen, wie die STEG, gestärkt werden.

Handlungsbedarf in der Problematik wird ebenso von **Herrn Kröber** gesehen. Eine Reaktivierung der BQP in eine werbende Gesellschaft sei allerdings nach seinem Dafürhalten der falsche Weg. Er wäre gern als Vorsitzender des Wirtschafts- und Umweltausschusses bereit, hier „die Fäden in die Hand zu nehmen“, um gemeinsam mit den Fraktionen, dem Liquidator und dem Landkreis einen Kompromissvorschlag zu erarbeiten. Nach Auffassung von **Herrn Tischer** hätte sich die Fraktion DIE LINKE als Einreicher des BAs vorher mit den anderen Fraktionen abstimmen sollen. Er spricht sich dafür aus, den BA nochmals zu vertagen bzw. zunächst erst einmal eine Grundsatzentscheidung zu fällen.

Für Letzteres spricht sich auch **Herr Krillwitz** aus. Man sei sich wohl dahingehend einig, dass das Kapital der Gesellschaft für sinnvolle städtische Projekte verwendet werden sollte.

Herr Tischer hinterfragt, im Hinblick auf die zuletzt geltende Satzung der BQP, die Regelungen im Falle einer Liquidation. Ihm sei aus der Vergangenheit noch bekannt, dass das Geld dann für soziale Zwecke einzusetzen sei und nicht in den städtischen Haushalt fließen sollte.

Herr Weber bemerkt, dass lt. Satzung die Mittel für steuerbegünstigte Maßnahmen einzusetzen seien. Die Kommune könnte diesbezüglich aber eine Satzungsänderung herbeiführen, worüber der Stadtrat letztendlich dann entscheiden müsste. Im Übrigen könne lt. Herrn Weber kein fester Termin für ein Ende der Liquidation bestimmt werden.

Herr Dr. Rauball teilt noch einmal ausdrücklich die Intension des BAs der Fraktion DIE LINKE mit, die OB zunächst erst einmal zu beauftragen, zukunftsfähige Geschäftsmodelle dem Stadtrat zur Entscheidung vorzulegen. Wenn der Termin am 05.10.16 zu knapp ist, sei er gern bereit, diesen zu verschieben. Entscheidend sei, dass Handlungsbedarf bestehe und eine spezielle Arbeitsgruppe sich mit der Thematik auseinandersetzen sollte.

Herr Krillwitz bezieht sich auf eine Berichterstattung von Herrn Wolpert anlässlich einer Stadtratssitzung, wonach die Liquidation der BQP bereits 2014 beendet sein sollte; mittlerweile sind wiederum 2 Jahre vergangen. Im Jahr 2012 wurde bereits eine Arbeitsgruppe zur Begleitung der Liquidation gebildet, die seines Wissens nur zweimal tagte. Eine derartige Arbeitsgruppe sollte wiederbelebt werden.

Lt. **Herrn Tischer** müssten auch die Aufsichtsräte darin einbezogen werden.

Weitere Pro- und Kontradiskussionen schließen sich an, wobei man sich im Großen und Ganzen einig sei, dass die Liquidation der BQP mbH i.L. so schnell wie möglich beendet werden soll und dass daher, wie auch immer, Handlungsbedarf bestehe.

Herr Dr. Rauball schlägt nach weiteren Diskussionen vor, die Problematik auf die nächste HA-Sitzung am 29.09.16 zu vertagen mit der Erwartung, dass sich bis dahin alle Fraktionen, unter Lenkung des Vorsitzenden des Wirtschafts- und Umweltausschusses, zu einem Termin verständigt haben, um in Abstimmung mit der OB, der Verwaltung und dem Liquidator einen Beschlussvorschlag mit gemeinsamen Intensionen zu erarbeiten.

Die Vertagung des TOPs auf die HA-Sitzung am 29.09.16 wird einstimmig angenommen. Der Einreicher des BAs übernimmt die entsprechende Koordination bzgl. der Bearbeitung der Angelegenheit.

Die **Stadtratsvorsitzende, Frau Zoschke**, wird dies in der Stadtratssitzung

	am 24.08.16 in dem Sinne den Stadträten auch vermitteln. vertagt	Ja 8 Nein 0 Enthaltung 0
zu 10	<p>5. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Bitterfeld-Wolfen vom 30.07.2014 BE: Fraktion DIE LINKE</p> <p>Der Ausschussvorsitzende, Herr Dr. Rauball, bemerkt einfühend, dass mit der vorliegenden Änderungssatzung der Hauptsatzung beabsichtigt wird, die OB für wichtige Entscheidungen in den Gesellschaften, an denen die Stadt beteiligt ist, als Gesellschaftervertreterin im Vorfeld zu mandatieren. Hintergrund sei für die Fraktion, dass in den letzten beiden Jahren die OB als Gesellschaftervertreterin, ohne dass der Stadtrat oder einer seiner beschließenden Ausschüsse informiert wurden, die Jahresabschlüsse der betreffenden Gesellschaften bestätigte. Dabei wurden s.E. Entscheidungen zu Lasten der Stadt getroffen, da die HH-Ansätze bzgl. der beiden Wohnungsgesellschaften WBG und Neubi nicht zum Tragen kamen. Es sei für ihn nicht nachvollziehbar, dass auf die Einnahme von 300 T€ insgesamt verzichtet wurde, ohne dass der Stadtrat und die beschließenden Ausschüsse über die Hintergründe informiert wurden.</p> <p>Diesen Aussagen wird von Herrn Weber widersprochen. Die Beteiligung des Stadtrates sei umfangreich gegeben. Er sehe keine abweichenden Entscheidungen der Gesellschaftsvertreterin gegenüber den Aufsichtsräten. In allen betreffenden Gesellschaften sind Vertreter der Fraktionen in den Aufsichtsräten vertreten. Im Übrigen würde eine Änderung der Hauptsatzung, wie mit dem vorliegenden BA bezweckt werden soll, nach seinem Dafürhalten einen bürokratischen und zeitlichen Mehraufwand zur Folge haben und den Aufsichtsräten Verantwortung entziehen.</p> <p>Herr Tischer, der selbst als Aufsichtsratsmitglied fungiert, spricht sich ebenso dagegen aus, dass sich der Stadtrat mit derartigen Dingen beschäftigen soll, da dieser nicht berechtigt sei. Die Aufsichtsräte seien im Übrigen haftpflichtig.</p> <p>Herr Weber weist u.a. darauf hin, dass Informationen aus den Gesellschaften als Anlage zu den Niederschriften des Stadtrates beigefügt werden; ein separater TOP für derartige Informationen im n.ö. Teil der Stadtratssitzung ist nicht vorgesehen.</p> <p>Frau Zoschke bemerkt, dass dann die Geschäftsordnung geändert werden müsste, um im n.ö. Teil über die Gesellschaften berichten zu können. Dieser TOP wurde seinerzeit von der Mehrheit des Stadtrates aus der GO gestrichen.</p> <p>Weitere Pro- und Kontradiskussionen schließen sich an, wobei Herr Dr. Rauball nochmals die Intensionen der Fraktion DIE LINKE mit diesem Beschlussantrag bekräftigt.</p> <p>Die Ausschussmitglieder geben sodann nachfolgendes Votum zum Beschlussantrag ab:</p> <p>mehrheitlich empfohlen</p>	<p>Beschlussantrag 153-2016</p> <p>Ja 4 Nein 3 Enthaltung 1</p>
zu 11	<p>Nachtragshaushalt 2016</p> <p>Herr Dr. Rauball gibt kurze Erläuterungen zum Sachverhalt. Er weist darauf hin, dass dieser BA von der ersten stellvertretenden Vorsitzenden des Stadtrates, Frau Vogel, im Einvernehmen mit der OB, nachträglich nicht mehr auf die TO des Stadtrates am 24.08.16 gesetzt wurde. Er bittet die Verwaltung, eine klare Aussage darüber zu treffen, inwieweit hier überhaupt ein Nachtragshaushalt benötigt werde und welche Verluste auf die Stadt demnächst zukommen werden, nachdem die HH-Sperre der OB inzwischen</p>	<p>Beschlussantrag 155-2016</p>

greife.

Herr Hülßner weist darauf hin, dass diesbezüglich ein ausführliches Informationsblatt zu Beginn der Sitzung an alle Ausschussmitglieder übergeben wurde, worauf er nachfolgend noch einmal detailliert eingeht. *(Anm. der Red.: das Informationsblatt wird als Anlage zur HA-Niederschrift im Session eingestellt.)*

Frau Zoschke hinterfragt den genannten Betrag in Höhe von 419 T€ bzgl. des KiFöG, der als HH-Ausgleich genannt wurde. Diese Mittel seien zweckgebunden für die Kitas in der Stadt Bitterfeld-Wolfen.

Herr Hülßner bemerkt, dass hier bereits Eigenmittel eingesetzt sind, die damit abgelöst werden. **Herr Krillwitz** bezieht sich auf die Erläuterung zum Pkt. 1 des Informationsblatts und hinterfragt, welche Mehreinnahmen aus Grundstücksverkäufen hier gemeint sind und inwiefern der BuVA die Entscheidung zur Deckung des Fehlbetrages nach Prüfung des Investitionsplanes 2016 treffen soll.

Herr Hülßner weist darauf hin, dass die Einnahmen aus Grundstücksverkäufen im Haushalt definiert sind. Mit den Einnahmereserven seien eben die Mehreinnahmen aus Grundstücksverkäufen gemeint, die sich im Gegensatz zur Planung ergeben. Damit sind aber noch nicht alle Einnahmeverluste gedeckt. Offen sind noch 323 T€. Dazu besteht die allgemeine Haushaltssperre der OB vom 11.8.2016. Diese Haushaltssperre bezieht sich u.a. auch auf alle noch nicht begonnenen Investitionsmaßnahmen. Die Haushaltssperre könnte aber teilweise aufgehoben werden, soweit man sich auf die im BuVA (im verteilten Informationsblatt ebenso sichtbar) vorgeschlagenen speziellen Sperren von Maßnahmen konzentriert. Im BuVA wurde dazu sinngemäß vorgetragen:

„Sofern keine Alternativen zur vorgeschlagenen Sperrung spezieller Maßnahmen von Seiten der Mitglieder des BuVA eingebracht werden, prüft die OB die teilweise Aufhebung der allgemeinen HH-Sperre unter dem benannten Aspekt...“

Frau Rauball möchte wissen, weshalb der Kaufpreis bzgl. Kaufland gesplittet wurde. Im Beschlussantrag war eine einmalige Zahlung von 700 T€; jetzt ist dieser Betrag auf 2 Jahre verteilt.

Herr Arning erläutert, wie sich die Splittung im Rahmen der Erarbeitung des HH-Plans ergab und dass diese in den internen Unterlagen des SB Bauverwaltung nachzuvollziehen sei.

Frau Rauball appelliert diesbezüglich an die Transparenz solcher Dinge im HH-Plan, worauf **Herr Hülßner** auf die Schwierigkeiten bei der HH-Planung im Hinblick auf Grundstücksverkäufe eingeht.

Man sei dennoch bemüht, die Dinge so transparent wie möglich zu gestalten.

Frau Rauball fragt des Weiteren nach der geforderten Liquiditätsverbesserung im HH in Höhe von 2,4 Mio. €, wobei bis dato lediglich 10 % von der ursprünglichen Zielstellung erreicht wurde. Es bestehe noch ein erhebliches Defizit.

Herr Hülßner verweist auf die Auflage der Kommunalaufsicht im Rahmen des Haushalts 2015, einen Maßnahmenplan zusätzlich zum Haushaltskonsolidierungskonzept aufzustellen, in dem ein Liquiditätsvorteil in Höhe des geplanten Defizits für das Folgejahr dargestellt wird. Daraufhin wurden „alle Register gezogen“ und die einzelnen Maßnahmen in den Gremien ausführlichst diskutiert, leider nur mit dem benannten Ergebnis von 240 T€.

Frau Rauball bezieht sich ferner auf die Aussage auf S. 2 des Informationsblatts, dass die Stadt die in Höhe von 300 T€ veranschlagten

	<p>Dividendenzahlungen voraussichtlich nicht realisieren könne. Sie fragt in dem Zusammenhang, was mit der Position „diverse kalkulierte Mehreinnahmen“ zur Abdeckung gemeint ist.</p> <p>Herr Hülßner verweist auf das HH-Konsolidierungskonzept, in dem diese diversen kalkulierten Mehreinnahmen tabellarisch dargestellt sind; er geht kurz darauf ein. Diesbezüglich wurden auch Erläuterungen im Haushalts- und Finanzausschuss gegeben.</p> <p>Herr Dr. Rauball informiert abschließend, dass im Hinblick darauf, dass Herr Hülßner die Problematik ausführlich darstellte und damit aus Sicht der Verwaltung die Notwendigkeit eines Nachtrags-HH nicht mehr bestehe, die Fraktion DIE LINKE den Beschlussantrag zurückzieht.</p> <p style="text-align: right;">vom Einreicher zurückgezogen</p>	
zu 12	<p>Verfahrensweise zur Beantragung einer Sondernutzungsgenehmigung in der Stadt Bitterfeld-Wolfen BE: GB Finanz- und Ordnungswesen</p> <p>Herr Bruder, SB Wirtschaft / Beteiligungen, verweist auf die ausführlich dargestellte Verfahrensweise in der Mitteilungsvorlage zur künftigen Beantragung einer Sondernutzungsgenehmigung. Ziel war es, in der Frage eine Erleichterung für die Händler zu erreichen; dazu gab es von allen Beteiligten ein positives „Feedback“ und keinen weiteren Beratungsbedarf von Seiten der Ausschussmitglieder.</p> <p style="text-align: right;">zur Kenntnis genommen</p>	Mitteilungsvorlage M020-2016
zu 13	<p>Mitteilungen, Anfragen, Anregungen</p> <p>An dieser Stelle informiert Herr Hülßner nochmals offiziell über die von der OB erlassene Haushaltssperre für den Investitions- und Ergebnis-Haushalt. In etwa 14 Tagen wird geprüft, ob die HH-Sperre bzgl. der Investitionen weiterhin bestehen bleibe.</p> <p>Herr Dr. Rauball teilt mit, dass der Ortsbürgermeister Herr Dr. Gülland ihn und seine Frau als Mitglieder der offiziellen Delegation für den Besuch in der Partnerstadt Vierzon benannt hat. Sie haben Wert darauf gelegt, die Kosten für die Reise und die Übernachtung selbst zu tragen.</p>	
zu 14	<p>Schließung des öffentlichen Teils</p> <p>Der Ausschussvorsitzende schließt um 20:40 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung.</p>	

gez.
Dr. Werner Rauball
Ausschussvorsitzender

gez.
Ilona Bütow
Protokollantin